

Eine starke Demokratie braucht starke politische Bildung an allen Schulen

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden zu dieser Landtagssitzung einen Antrag zur nachhaltigen Stärkung der politischen Bildung an den Schulen einbringen.

Wesentliches Element ist dabei der geplante Ausbau des WiPo-Unterrichts. Diese Maßnahme ist der erste Schritt eines gesamtgesellschaftlichen „Paktes für Demokratie“, der in Schleswig-Holstein geschmiedet wird. Konkret sieht der Antrag vor, dass ab dem Schuljahr 2027/2028 ab der 7.

Jahrgangsstufe zwei zusätzliche Jahreswochenstunden WiPo-Unterricht eingeführt werden sollen. Damit würde sich das verpflichtende Mindestkontingent in der Sekundarstufe I auf insgesamt sechs Stunden erhöhen.

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Martin Balasus**:

„Wir nehmen an vielen Stellen in unserer Gesellschaft einen Zulauf der politischen Ränder und extremistischer Inhalte wahr. Deshalb schmieden wir einen „Pakt für Demokratie“, in dem wir zusammen mit vielen gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen Maßnahmen und Initiativen entwickeln und bündeln werden, um dieser dramatischen Entwicklung entgegenzutreten und unsere Demokratie resilienter und lebendiger zu machen.“

Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf Jugendlichen, da diese immer früher mit extremistischen Inhalten konfrontiert werden und gleichzeitig besonders vulnerabel sind. Es ist daher richtig, dass wir den WiPo-Unterricht vor allem in der Mittelstufe stärken, da Kinder und Jugendliche bereits in diesem Alter mit

CDU-Fraktion

Pressesprecher

Max Schmachtenberg

Tel. 0431 988 1441

max.schmachtenberg@cdu.ltsh.de

Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen

Pressesprecherin

Claudia Jacob

Tel. 0431 988 1503

presse@gruene.ltsh.de

17.06.2025

zunehmend extremistischen Inhalten konfrontiert werden. Im WiPo-Unterricht können hier also entscheidende Grundlagen und Weichen gestellt werden.“

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Malte Krüger**, sagt dazu:

„Wir Grüne setzen uns seit Jahren dafür ein, dass die politische Bildung in Schleswig-Holstein ausgebaut werden muss. In dieser Legislaturperiode haben wir dafür bereits einiges auf den Weg gebracht. Ein zentraler Baustein ist nun die Erhöhung der Stundenanzahl im WiPo-Unterricht in der Sekundarstufe I ab dem Schuljahr 2027/2028.

Alle Schüler*innen in Schleswig-Holstein sollen von mehr politischer Bildung profitieren. Mit dem Stundenausbau ab dem 7. Jahrgang profitieren sowohl Gemeinschaftsschulen als auch Gymnasien gleichermaßen von dieser Maßnahme.

Damit reagieren wir auch auf die zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft. Mehr politische Bildung kann der Verbreitung von extremem Gedankengut – etwa in Form von Rechtsextremismus oder Verschwörungserzählungen – entgegenwirken. Davon profitieren unsere gesamte Gesellschaft und unsere Demokratie.“